

**Mehr Steuergerechtigkeit, weniger
Finanzkriminalität - unsere Prioritäten
für die kommende Legislaturperiode**

Februar 2021

Mehr Steuergerechtigkeit, weniger Finanzkriminalität - unsere Prioritäten für die kommende Legislaturperiode

Corona-Pandemie und Klimawandel zeigen: für ein gesundes Gemeinwesen und nachhaltige Entwicklung weltweit braucht es einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat, der Konflikte regelt, Sicherheit schafft und die sozial-ökologische Transformation durch rechtliche Vorgaben, Anreize und eigene Investitionen vorantreibt. Notwendige Grundla-

ge dafür ist ein faires, auf Nachhaltigkeit orientiertes und geschlechtergerechtes Steuersystem und der konsequente Kampf gegen Steuerbetrug und Schattenfinanz.

Die nächste Bundesregierung sollte deswegen:

- Gewinnverschiebung und Steuervermeidung multinationaler Konzerne bekämpfen;
- Besonders hohe Einkommen, große Vermögen und hohe Erbschaften gerechter besteuern;
- Ökologische Steuern und den Abbau schädlicher Subventionen sozial ausgleichen;
- Steuerhinterziehung, Geldwäsche und illegitime Finanzflüsse offen legen und bestrafen.

Faire Besteuerung von multinationalen Konzernen sicherstellen

Konzerne wie Amazon machen grundlegende Probleme sichtbar. Seit vielen Jahren verschaffen sich große multinationale Unternehmen über aggressive Steuervermeidung zu Lasten des Gemeinwesens einen unfairen Wettbewerbsvorteil. Sie konzentrieren zu viel Macht und Gewinne bei wenigen Eigentümern. Genauso wie kleine und lokale Unternehmen sollten sie Steuern dort zahlen, wo sie von öffentlich finanzierter Infrastruktur, Mitarbeiter*innen und zahlungsfähigen Kund*innen profitieren. Anstatt den schädlichen internationalen Steuersenkungswettbewerb weiter zu fördern, sollte Deutschland konsequenter gegen Steuervermeidung vorgehen und nachhaltige Investitionen gezielt fördern. Dazu gehört:

- Die Veröffentlichung der länderbezogenen Berichterstattung großer multinationaler Unternehmen;
- Der Einsatz für einen effektiven Mindeststeuersatz von 25 %, global oder unilateral;
- Der Einsatz für eine einfache und faire Neuverteilung der Besteuerungsrechte entsprechend der wirtschaftlichen Aktivitäten, einschließlich einer Beteiligung der Marktstaaten an den Gewinnen;
- Der Verzicht auf Steuersenkungen für Unternehmen oder höhere Einkommen und dafür gezielte Anreize für nachhaltige Investitionen z.B. über gezielte Förderung nachhaltigen Wirtschaftens;

- Eine Übergewinnsteuer, die für einen kurzfristigen Ausgleich zwischen Krisengewinnern und Verlierern sorgt und eine gezielte Zusatzsteuer für große Digitalunternehmen als Übergang zu einer umfassenden Lösung für die Besteuerung von Monopolgewinnen und Datennutzung;
- Die Demokratisierung der internationalen Steuerpolitik mit einer UN-Konvention für Internationale Steuergerechtigkeit und einer gestärkten UN-Steuerkommission, die Steuerpolitik weltweit koordinieren und faire Streitbeilegungsmechanismen entwickeln.

Chancengerechtigkeit schaffen, Vermögenskonzentration abbauen

Breit verteiltes Vermögen schafft Sicherheit und garantiert Teilhabe. Eine zu hohe Vermögenskonzentration dagegen treibt soziale Ungleichheit und untergräbt die Demokratie. Wenn Menschen das Gefühl haben, dass Leistung sich nicht mehr lohnt, sondern soziale Herkunft über den Erfolg und die Frage entscheidet, ob sie sich eine Wohnung in ihrem Umfeld leisten können, verlieren sie die Motivation und das Vertrauen in die Gesellschaft und werden anfällig für Populismus. Gesellschaften mit geringerer Ungleichheit sind nachweislich sicherer, gesünder, produktiver und glücklicher. In Deutschland ist die Vermögensungleichheit auch im internationalen Vergleich sehr hoch. Das liegt auch daran, dass in den letzten drei Jahrzehnten die Vermögensteuer ausgesetzt, große Betriebsvermögen weitgehend von der Erbschaftsteuer befreit und die Spitzensteuersätze gesenkt wurden.

Zu einer notwendigen Korrektur gehören:

- Eine Vermögensteuer, die durch großzügige Freibeträge (mind. 1 Millionen Euro pro Person) nur die vermögendsten 1% betrifft und durch einen progressiven Steuersatz besonders das Vermögen der Superreichen 0,1% erfasst;
- Die Reform der Erbschaftsteuer durch eine Abschaffung der Ausnahmen für große Betriebsvermögen und erhöhte Freibeträge, die nur einmal im Leben genutzt werden können;
- Abschaffung der Ausnahmen für große Betriebsvermögen und erhöhte Freibeträge, die nur einmal im Leben genutzt werden können;
- Eine progressivere Einkommenssteuer mit höheren Spitzensteuersätzen für die 3% der höchsten Einkommen und einem höheren Grundfreibetrag als für alle;
- Die schrittweise Abschaffung des Ehegattensplitting;
- Eine Besteuerung von leistungslosen Kapitalerträgen und Wertzuwächsen mindestens auf dem Niveau von Arbeitseinkommen durch die Abschaffung der Abgeltungsteuer und der Steuerbefreiung für Immobilienwertsteigerungen;
- Für den Fall, dass die Schuldenbremse weiter greifen und die Corona-Schulden getilgt werden sollen, die Einführung einer Vermögensabgabe anstelle von Kürzungen öffentlicher und sozialer Ausgaben.

Sozial-ökologische Transformation steuern und beschleunigen

Klimawandel und Digitalisierung sorgen für große gesellschaftliche Umwälzungen. Für einen erfolgreiche sozial-ökologische Transformation braucht es langfristige nachhaltigkeitsorientierte Investitionen und Planbarkeit genauso wie eine sichere Grundlage für mutige und kreative Lösungen. Steuern und gezielte steuerliche Vergünstigungen können ökologisch schädliche Fehlanreize korrigieren. Zentrale Bedingung für deren Akzeptanz ist aber ein sozial verträglicher Ausgleich. Dieser Ausgleich sollte die entstehenden Zusatzkosten für die breiten Schichten der Bevölkerung insgesamt ausgleichen und auch für die Betroffenen ohne Anpassungsmöglichkeit einen speziellen Ausgleich vorsehen. Die auskömmliche Finanzierung von Staatsaufgaben und Investitionen darf nicht vom Aufkommen aus

Ökosteuern abhängig gemacht werden. Zu den nötigen Maßnahmen gehören:

- Der sozial verträgliche Abbau von ökologisch schädlichen Subventionen;
- Die Erhöhung der CO₂-Abgabe und ggf. weitere ökologische Steuern und Abgaben in Verbindung mit einer Ausgleichszahlung;
- Die Einführung einer „Klimaprämie“ für alle ökologischen Steuern und Abgaben, die die Zusatzkosten für Menschen mit niedrigem Einkommen vollständig kompensiert und soziale Härten vermeidet;
- Die Umgestaltung der Entfernungspauschale zu einer Mobilitätsprämie, die bei gleich langem Arbeitsweg allen Erwerbstätigen unabhängig von der Höhe ihres Einkommens im gleichen Umfang zugutekommt;

Steuerbetrug konsequent bekämpfen

Steuerbetrug und Steuerhinterziehung untergraben das Gemeinwesen. So haben sich beim Cum-Ex Skandal Banken, große Anwaltskanzleien und Steuerberater genauso wie vermögende Investoren auf Kosten Aller bereichert. Bei der Aufarbeitung stößt der Staat regelmäßig an seine rechtlichen und personellen Grenzen. Auch bei Umsatzsteuerbetrug und komplexen, grenzüberschreitenden Steuerhinterziehungsmodellen jagt der Steuerfahnder sprichwörtlich mit dem Fahrrad nach dem Privatjet. Durch Whistleblower, Datenleaks und Selbstanzeigen ist Steuerbetrug in den letzten Jahren sichtbar geworden und die Ergebnisse zeigen deutlich: umso höher die Einkommen und Vermögen, umso höher der Anteil der Steuerhinterziehung. Mit dem automatischen internationalen Informationsaustausch von Konteninformatoren steht den Finanzbehörden seit 2019 ein wirksames Gegenmittel zur Verfügung. Allerdings mangelt es auch hier wieder an den technischen Voraussetzungen, den personellen Kapazitäten und den strukturellen Bedin-

gungen um damit systematisch komplexe Steuerhinterziehung zu verfolgen.

Dazu braucht es:

- Mehr Personal und bessere IT-Ausstattung in den Steuerbehörden, insbesondere für die Verfolgung komplexer Steuerhinterziehung;
- Die Stärkung und Ausweitung der Zielvereinbarungen mit den Ländern für die Sicherstellung eines einheitlichen Steuervollzugs;
- Umfassendere und detaillierte Statistiken über Steuern und die Arbeit der Steuerbehörden für die wissenschaftliche Analyse und die demokratische Kontrolle;
- Die Einführung einer Meldepflicht für nationale Steuergestaltung und die Verbesserung von Whistleblowerschutz;
- Eine Ausdehnung des automatischen Informationsaustauschs auf alle Arten von Kapitalerträgen und Einkommen sowie auf alle Staaten der Welt und die Unterstützung Länder des Globalen Südens beim Kapazitätsaufbau.

Umgehung von Gesetzen und Organisierte Kriminalität in Schattenfinanzplätzen beenden

Organisierte Kriminalität, Korruption und Steuerhinterziehung haben ein großes gemeinsames Ziel – privaten Reichtum auf Kosten der Gesellschaft. Weil es möglich ist, diesen Reichtum in einem weltumspannenden System von Schattenfinanzplätzen und willfähigen Helfern zu waschen um dann frei darüber zu verfügen, lohnt sich Verbrechen. Weil Strafverfolgungsbehörden bei diesem System viel zu schnell und viel zu oft an ihre Grenzen stoßen, bleibt die Verbrechensbekämpfung gerade bei den besonders gewinnträchtigen Verbrechen oft chancenlos. Und solange anonymes Vermögen weitgehend ungehindert in Schattenfinanzplätzen und von dort in Immobilienmärkte, Firmenübernahmen oder als versteckte Parteienspenden oder Kampagnenfinanzierung nach Deutschland (zurück) fließen kann, ist die Wirksamkeit demokratischer Gesetze und die Integrität unserer Demokratie gefährdet. Als sicherer Hafen für Gewinne aus Korruption und anderen Verbrechen gefährdet Deutschland politische Stabilität, Sicherheit, Gerechtigkeit und intakte Umwelt weltweit.

Deswegen braucht es:

- Ein verlässliches, für alle relevanten Behörden einsehbares Vermögensregister mit den wirtschaftlich Berechtigten aller deutschen Immobilien, in Deutschland registrierten und tätigen Unternehmen und Finanzkonten;
- Die personelle und organisatorische Stärkung der Geldwäscheaufsicht und der Strafverfolgungsbehörden für die Ermittlung im Bereich komplexer Wirtschaftskriminalität und Geldwäsche in Deutschland und auf EU-Ebene;
- Die Stärkung der Vermögensabschöpfung und die Schaffung der Rechtsgrundlage für die konsequente Bestrafung der Beihilfe zur Geldwäsche;
- Die Einführung eines Unternehmensstrafrechts;
- Die Abschöpfung und Rückführung von illegitimen Vermögen in die Herkunftsländer durch eine Verbesserung der Koordination auf Bundesebene und international.

Über uns

Das Ziel des Netzwerks Steuergerechtigkeit ist die Stärkung der öffentlichen Finanzen in Nord und Süd, von der kommunalen bis zur globalen Ebene durch gerechte, solidarische und ökologisch förderliche Steuer- und Finanzsysteme. Wir setzen uns ein für eine aktive Fiskalpolitik der Regierungen, die ein hohes Niveau öffentlicher Leistungen bereitstellt und dazu beiträgt, Armut zu überwinden statt sie zu verschärfen, die soziale Kluft zwischen Arm und Reich und zwischen den Geschlechtern zu schließen statt sie zu vergrößern, und der Zerstörung der Umwelt entgegenzuwirken statt sie durch Steuergeschenke und schädliche Subventionen zu belohnen. Wir machen uns stark für wirksame Regeln zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung sowie Steuer- und Kapitalflucht, weil dies die Voraussetzung für die gerechte Besteuerung nach Leistungsfähigkeit ist. Unser Ziel ist die Überwindung des weltumspannenden Schattenfinanzsystems, das schädliche Spekulation, Kapitalflucht, Korruption und Kriminalität fördert und den Gemeinwesen welt-

weit jährlich Mittel in mehrstelliger Milliardenhöhe entzieht.

Mitglieder des Netzwerk Steuergerechtigkeit:
Transparency International Deutschland
Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA-EKD)
WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
ver.di – Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft
Global Policy Forum
MISEREOR
Oxfam Deutschland
Attac Deutschland
Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Netzwerk Steuergerechtigkeit
Weidenweg 37
10249 Berlin
www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de
info@netzwerk-steuergerechtigkeit.de